

MM 21.03.14

# Zwist um die Asylberatung

Bayerns Landkreise wollen bei der Beratung von Asylbewerbern mehr mitmischen. Ziel ist es, die Fördermittel des Freistaats künftig selbst zu verteilen. Bisher fließt das Geld direkt an Verbände wie die Caritas. Der gefällt der Vorstoß der Kreise gar nicht.

VON MARCO MACH

**München** – Marinus Riedl ist Helfer im Behördenschungel und Psychologe in einem. Der Caritas-Mitarbeiter betreut knapp 50 Asylbewerber im Kreis Weilheim-Schongau. Speziell die der Gemeinschaftsunterkunft Schongau. Er erklärt ihnen Schriftstücke, vereinbart Arzttermine, sucht Schul- und Arbeitsplätze. Und das schon über zehn Jahre. Über mangelnde Arbeit kann der 43-jährige sich nicht beschweren. Zumal in den Behörden und Einrichtungen noch viel Aufklärungsarbeit zu leisten ist und die Zahl der Asylbewerber stetig steigt (2013: 17 500).

Doch nun treibt Riedl und die Caritas noch eine ganz andere Sorge um: die Ankündigung einiger Landkreise, zunehmend selbst in die Asylsozialberatung einsteigen zu wollen. Derzeit stemmt Bay-

erns größter Wohlfahrtsverband mit über 120 Asylberatern zwei Drittel der Beratungsleistung – neben Diakonie und Arbeiterwohlfahrt.

Das ändern zu wollen, ist für Bayerns Caritasdirektor Bernhard Pendl eine bedenkliche Entwicklung. Erstens passe das nicht zum Grundsatz der Subsidiarität, der besagt, dass der Staat nur dann tätig werden soll, wenn kein freier Träger da ist. Zweitens sei die Caritas, anders als die Landrats- und Ausländerämter, keine Behörde. Sie habe also selbst nichts mit den Asylverfahren zu tun – und könne daher in der Regel ein unbelastetes Vertrauensverhältnis zu ihnen aufbauen. Auch zu den Pfarrämtern, wichtige Stellen in der Beratung, habe die Caritas einen besseren Draht, ergänzt Berater Riedl: „Die Erfahrung liegt bei den Verbänden, die Berater sollten dort bleiben.“

Der Geschäftsführer des Bayerischen Landkreistages, Johann Keller, ist bemüht, der Caritas diese Sorgen zu nehmen: „Die Landkreise wollen die Beratung keinesfalls selbst und mit eigenem Personal übernehmen“, sagte er. Nur wenn die Kapazitäten der Verbände nicht ausreichen, sollen eigene Stellen geschaffen oder Ehrenamtliche als Unterstützung für die Berater eingesetzt werden. Eriters ist laut Pendl nur in



**Ein offenes Ohr für Asylbewerber:** Marinus Riedl hilft Flüchtlingen im Kreis Weilheim-Schongau. Er ist einer von 120 Caritas-Beratern.

FOTO: PETER PREILLER

Einzelfällen nötig. Letzteres nur unter Anleitung möglich. Im Kreis Weilheim-Schongau helfen schon jetzt 20 Ehrenamtliche aus. Für Riedl eine vorbildhafte, zukunfts-trächtige Zusammenarbeit. Ohne sie und weitere professionelle Unterstützung vom Diözesanverband und der Diakonie wären er und die

Asylbewerber ziemlich aufgeschmissen.

Den Landkreisen ist laut Keller besonders daran gelegen, die Fördermittel, die das Sozialministerium zur Verfügung stellt, in Zukunft selbst zu verteilen. Das Geld geht bislang direkt an die Wohlfahrtsverbände, die dann Beraterstellen schaffen. Oft sei-

en diese Stellen aber nicht dort, wo der größte Bedarf besteht. So müssten an Brennpunkten zusätzliche Posten geschaffen werden, für die dann die Kreise aufkämen.

Heißt konkret: Von den 3,4 Millionen Euro, die der Freistaat jährlich bereitstellt, finanzieren die Verbände 60 Prozent der Beratung. Den

Rest zahlen sie selbst – und eben die Kreise. Deren Argument: Wären sie zwischengeschaltet, könnten sie die Gelder gezielter verteilen – und auch die Berater effizienter koordinieren.

Die Landkreise seien außerdem näher dran, sagt Keller, und könnten flexibler auf aktuelle Entwicklungen reagieren. Gerade vor dem Hintergrund, dass Asylbewerber zunehmend dezentral untergebracht sind, sei das wichtig. Denn das bedeute mehr Aufwand für die Berater.

Der Freistaat ist bisher der einzige Ansprechpartner von Caritas und Co. Direktor Pendl sieht auch hier in Zukunft keinen Grund, das zu ändern. Zumal die Caritas jetzt schon ihre Berater flexibel und bedarfsgerecht einsetze. Er befürchtet vor allem eines: „Der administrative Aufwand wird zweifellos steigen.“ Schließlich hätte die Caritas künftig nicht mehr nur einen Ansprechpartner, sondern 71 – eben so viele, wie es Landkreise gibt.